

19.09.2003 Sachsen-Anhalt, News:
Staatsschutz ermittelt in Naumburg, Verfassungsschutz eingeschaltet
Brandanschläge auf Gericht und Staatsanwaltschaft



Naumburg - Auf zwei Justizeinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt wurden gestern in den frühen Morgenstunden Brandanschläge verübt: In Naumburg gingen vor der Staatsanwaltschaft und am Oberlandesgericht innerhalb von 20 Minuten drei Brandsätze in Flammen auf.

Gegen 1.45 Uhr setzten Unbekannte das Dienstfahrzeug der Staatsanwaltschaft Naumburg in Brand. Nach Volksstimme-Informationen hatten die Täter an beide Vorderräder des Opel Astra

Brandsätze geworfen. Das Fahrzeug, das vor dem Gebäude der Behörde stand, brannte völlig aus.

Wenige Minuten später wurde gegen die massive Eichentür des Oberlandesgerichts ein dritter Molotow-Cocktail geschleudert. Als Glücksfall erwies sich, dass die Polizeibeamten, die zur Staatsanwaltschaft gerufen worden waren, gerade vorbeikamen und so das Feuer löschen konnten. Insgesamt beträgt der Sachschaden rund 30000 Euro.

Im Landeskriminalamt wird zurzeit die Zusammensetzung der Brandbeschleuniger untersucht.

Wer hinter den Anschlägen steckt und welches Motiv die Täter haben, sei noch völlig unklar, lautete gestern die offizielle Stellungnahme der Staatsanwaltschaft Naumburg. "Wir sind nun mal eine Behörde, die nicht viel Freunde in der Bevölkerung hat", wiegelte Oberstaatsanwalt Hans-Jürgen Neufang ab. Doch die Tatsache, dass neben dem 2. Fachkommissariat auch der Staatsschutz der Polizeidirektion Merseburg ermittelt, der Verfassungsschutz eingeschaltet und die Bewachung potenziell gefährdeter Objekte im Land wie Generalstaatsanwaltschaft, Justizministerium und Amtsgericht Naumburg sofort verstärkt wurde, macht deutlich, dass auch ein politischer Hintergrund nicht ausgeschlossen wird.

Ob es sich möglicherweise erneut um die linksterroristische Gruppierung "kommando freilassung aller politischer gegangenen" handelt, die im Frühjahr des vergangenen Jahres das erste Mal in Sachsen-Anhalt von sich reden machte, ist nicht ausgeschlossen.

Am 18. März 2002 war der Anschlag auf ein Fahrzeug des Bundesgrenzschutzes am Magdeburger Hauptbahnhof fehlgeschlagen. Der uhrengesteuerte Brandsatz hatte nicht gezündet. Am selben Tag war ein Molotow-Cocktail gegen ein Gebäude des Landeskriminalamts geschleudert worden. Außerdem waren Fahrzeuge von Daimler-Crysler und der Telekom Ziel der Terroristen.

Die Bundesanwaltschaft hatte die Ermittlungen gegen das "kommando" übernommen, das "militante Politik in den Köpfen der Bevölkerung verankern" und damit "einen gewaltsamen Umsturz herbeiführen" will.

Vor einem Monat hatte Generalbundesanwalt Kay Nehm drei Magdeburger wegen der Mitgliedschaft in dieser terroristischen Vereinigung angeklagt.

Von Bernd Kaufholz (MRSA)

URL: www.volksstimme.de/artikelanzeige.asp?Artikel=431267

Copyright © 2000/2001/2002, Volksstimme